

Redebeitrag zur Aussprache

116. Landesparteitag am 08.07.2017 in Karlsruhe

**Dr. Wolfgang Allehoff, Landesvorsitzender
Liberaler Senioren Initiative Baden-Württemberg**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

Der Freitag vor der Sommerpause - der 30. Juni 2017 – war ein schwarzer Tag für die Demokratie in unserem Land.

Der Bundestag hat im Hau-ruck-Verfahren halbgare Gesetze durchgepeitscht, die vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben werden.

Im Juni 2017 wurden in einem Rutsch 13 Grundgesetzänderungen beschlossen.

Betrachten wir 3 Gesetzesänderungen:

Besonders ratzfatz ging es bei der „Ehe für Alle“ zu:

Auf einem Plüschsessel im verschwurbelten Deutsch von der Bundeskanzlerin am Montag bei einer Frauenzeitschrift angekündigt wurde das Grundgesetz am Freitag geändert. Indem man seine Bedeutung umdefiniert hat. So einfach geht das. Es zählt nicht das Gesetz, sondern was eine Mehrheit darunter verstehen will. Heute so, morgen anders, lautet das Signal. Wenn aber ein Wort nicht mehr das Wort ist, ist das Wort wertlos.

Es ist offensichtlich, dass das liberale Korrektiv im Parlament in Berlin fehlt.

Nun kann man zur " Ehe für Alle" unterschiedliche Meinungen vertreten: Für die Anhänger ist die Öffnung der Ehe eben für jeden, der will, ein ungeheurer Akt der Befreiung.

Für die Konservativen dagegen wird eine elementare kulturelle Errungenschaft zerstört.

Eigentlich sollte man darüber diskutieren.

Vielleicht wäre ein Kompromiss vorstellbar gewesen: Nachdem die homosexuelle Partnerschaft ohnehin rechtlich weitgehend gleichgestellt ist und die Partner wie selbstverständlich vom Ehegattensplitting profitieren, auch wenn sie nur in den seltensten Fälle Kinder aufziehen, fehlt eigentlich nur noch das Adoptionsrecht, um die Partnerschaft der Ehe gleich zu stellen.

So verächtlich werden also Grundsatzentscheidungen in diesem Land neuerdings getroffen. Das Grundgesetz wird tendenziell reduziert auf ein Gesetz wie jedes andere: Was heute gilt, kann in 48 Stunden schon ins Gegenteil verkehrt sein. Ohne Debatte, ohne Diskussion, blitzschnell. Kurz vor dem Wochenende. Es ist ein Schlussverkauf.

Es ist offensichtlich, dass das liberale Korrektiv im Parlament fehlt !!

Dafür wird den Abgeordneten der Fraktionszwang erlassen, erklärt die Kanzlerin.

Fassungslos steht man davor – kein Wort mehr vom Abgeordneten, der nur seinem Gewissen verantwortlich ist, wie es ebenfalls im Grundgesetz steht.

Danach wurde das Netzdurchsetzungsgesetz durchgepeitscht, ein Anschlag auf das

Der Redebeitrag wurde von Dr. Allehoff, Dr. Sütterlin und Herrn Gramespacher entworfen und von Hanspeter Gramespacher auf dem Parteitag vorgetragen.

grundgesetzlich verbürgte Recht auf Meinungsfreiheit. Der Konfetti-Regen der Schwulenparade hatte sich noch nicht gesetzt.

Beim Netzwerkdurchsetzungsgesetz muss man den Justizminister fragen: Heiko Maas, wollen Sie George Orwells big brother toppen?

Es ist offensichtlich, dass das liberale Korrektiv im Parlament in Berlin fehlt.

Das dritte Gesetz, das im Hau-Ruck-Verfahren durchgepeitscht wurde ist das «Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz».

Das unausgelegene Gesetz ist nichts anderes als die Legalisierung übergriffiger Aneignungsmodelle, die von der untergegangenen Piratenpartei populär gemacht und lange verdeckt über weisrussische, russische und ukrainische Server exekutiert wurden.

Das beschlossene Gesetz erlaubt Bibliotheken, Bücher komplett einzuscannen und pro Sitzung zehn Prozent den «Usern» zur Verfügung stellen. Auf Verlagsangebote muss dabei keine Rücksicht genommen werden. Das ist ein Angriff auf das Eigentum der Verlage und das geistige Eigentum der Autoren.

Es ist offensichtlich, dass das liberale Korrektiv im Parlament in Berlin fehlt.

Liebe Parteifreunde -

Eigenverantwortung geht vor Staat – offene Debattenkultur und nicht Gedankenkontrolle im Stile von Orwell und Heiko Maas ist das, was die liberalen Senioren anstreben.

Für uns heißt das – „Raus aus der eigenen Echokammer“ - Aufbau und Pflege eines „Liberalen Lebensgefühls“ im eigenen Umfeld.

Wir fordern die gesamte Partei auf, nicht nur Papiere zu erstellen, sondern eine Diskussion über liberale Grundwerte bei denen anzustoßen, die fassungslos und entsetzt das Vorgehen der Kanzlerin in der letzten Juni-Woche zur Kenntnis genommen haben. Und diese Diskussion vor allem auch breit zu führen.

Wir wollen eine Abgrenzung zum Staatsverständnis und Denken vor allem der Grünen und der Parteien, die sagen, der Staat muss sich um ALLES kümmern

Wir liberale Senioren unterstützen die FDP mit all unseren Kräften und bitten darum, in die Entscheidungen einbezogen zu werden.

Wir wissen, dass der Prozentsatz an liberalen Wählern bei den Älteren besonders hoch ist – und wir wissen auch, dass man diese Wählergruppe besonders aktivieren muss.

Denn die Strategie der asymmetrischen Demobilisierung der Kanzlerin zielt genau auf diese Wählergruppe – sie soll so frustriert werden, dass sie nicht wählen geht.

Dem müssen wir entgegen halten.

Und dieses Verantwortungsbewusstsein der Älteren kommt nicht von akademischen Diskussionen zur Generationengerechtigkeit – sondern weil wir selbst Kinder und Enkel und Freunde haben, denen wir ein geordnetes liberales Land hinterlassen wollen.

Der Redebeitrag wurde von Dr. Allehoff, Dr. Sütterlin und Herrn Gramespacher entworfen und von Hanspeter Gramespacher auf dem Parteitag vorgetragen.